

An den
Vorsitzenden des Sozialausschusses
des Schleswig-Holsteinisches Landtages
Herrn Andreas Beran, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

Minister

Kiel, 10. September 2004

Sehr geehrter Herr Beran,

mir ist nun der stenographischen Protokoll der 77. Sitzung des Sozialausschusses am 10. Juni 2004 zu der Erörterung zu TOP 9 „Umsetzung von Hartz IV in Schleswig-Holstein“ vorgelegt worden. Im Rahmen dieser Beratung ist darum gebeten worden, dass die Landesregierung hinsichtlich einer von mir im Bundesrat im Mai 2004 vorgetragenen zeitlichen Bewertung der Umsetzung von Hartz IV Stellung nimmt. Ich sende Ihnen daher die Presse-Information, die anlässlich meiner im Bundesrat gehaltenen Rede veröffentlicht wurde. Daraus wird deutlich, dass ich die Voraussetzungen für die Umsetzung des Gesetzes und abhängig davon den Zeitpunkt des Inkrafttretens thematisiert habe.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Dr. Ralf Stegner

Anlage

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 15/4941**

14. Mai 2004

**Finanzminister Ralf Stegner fordert die Union auf,
die notwendigen Voraussetzungen für eine vernünftige
Umsetzung von Hartz IV nicht länger zu verzögern**

Finanzministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Sperrfrist: Redebeginn

Finanzminister Ralf Stegner hat heute im Bundesrat die zügige Lösung der Umsetzungsprobleme bei Hartz IV gefordert. Dabei forderte er CDU und CSU auf ihre Verhinderungstaktik zu beenden.

„Die aktuellen Prognosen über die wirtschaftliche Entwicklung, die Arbeitslosenzahlen und die Ergebnisse der Steuerschätzung zeigten, wie wichtig durchgreifende Reformen in unseren verschiedenen Systemen sind. Mit der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für Erwerbsfähige haben wir uns einen großen Reformschritt vorgenommen. Dieser Schritt darf jetzt aber nicht an praktischen Problemen oder an einer Obstruktionshaltung der CDU scheitern“, sagte der Minister.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung betrachte mit steigender Sorge den schleppenden Lösungsprozess bei den Finanzierungsfragen und den administrativen Problemen in Bezug auf das gesamte Projekt Hartz IV. „Im Interesse unserer Kommunen müssen vor allem die finanziellen Fragen zügig geklärt werden. Für die Kommunen müsse unter dem Strich ein Gewinn in Höhe von 2,5 Mrd. € verbleiben ohne dass die Länder dabei draufzahlen“, sagte Stegner. Er freue sich, dass der Bundeswirtschaftsminister dies im Bundestag zugesichert habe.

Hier müsse die Bundesregierung auf Basis abgestimmter Zahlenwerke kurzfristig konkrete Vorschläge für gesetzliche Änderungen vorlegen, die die Entlastung der Kommunen sicherstellten. Der Finanzminister warb für die Unterstützung einer entsprechenden EntschlieÙung.

Neben den grundlegenden finanziellen Fragen müssten vor allem technische Probleme, wie die Klärung der geeigneten Rechtsform für die Kooperation von Arbeitsagenturen und Kommunen, die Einbindung des kreisangehörigen Bereiches, die Sicherstellung einer Förderung „aus einer Hand“ sowie der Auszahlungszeitpunkt, die Form der Anträge und deren Bearbeitung, gelöst werden, bevor das Gesetz in Kraft tritt. Nachträgliche Korrekturen im größerem Umfang

verböten sich angesichts der Betroffenen, die mehr als Andere auf reibungslose Auszahlungen angewiesen seien.

„Wenn es uns allen gemeinsam nicht gelingt, die notwendigen Voraussetzungen für einen funktionierenden Systemwechsel zum Jahreswechsel zu realisieren, sind wir als verantwortungsbewusste Gesetzgeber in der Pflicht, über Übergangsregelungen oder aber über ein Verschieben des Inkrafttretens nachzudenken“, sagte Stegner. Bis zur Sommerpause müssten daher alle Beteiligten ihre Schularbeiten gemacht haben. Das sei aber nur möglich, wenn denn die Mehrheit dieses Hauses es auch wolle.

„Verzögerungsstrategien wie die heutige Anrufung des Vermittlungsausschusses, die Taktik, wie bei der Riesterrente bürokratische Monstren in die Gesetze hineinzuverhandeln, um sich dann darüber zu beklagen, oder der offenen Aufruf an die Kommunen zur Verweigerung offenbaren allerdings eine mangelnde gesamtgesellschaftliche Verantwortung von CDU und CSU“, sagte der Finanzminister. Es mehre sich der Eindruck, dass die Opposition die vernünftige Einführung zum 1.1.2005 entgegen Ihren öffentlichen Bekundungen praktisch systematisch verhindere.

Die Opposition verunsichere die kommunalen Träger vor Ort, die Kreise und kreisfreien Städte und hindern sie daran, praktikable Kooperationsformen mit den Agenturen für Arbeit zu vereinbaren. „Sie nehmen es billigend in Kauf, dass die termingerechte Zahlbarmachung des sog. Arbeitslosengeldes II mittlerweile an dem berühmten „seidenen Faden“ hängt, von einer zeitnahen Gewährleistung der ebenso wichtigen Verbesserung der Vermittlungshilfen für diesen besonders betreuungsbedürftigen Personenkreis ganz zu schweigen“, sagte der Minister. Das Thema sei aber für die Gesellschaft viel zu wichtig, um weiterhin persönliche oder politische Eitelkeiten zu pflegen. Der Herr Bundespräsident habe dazu vorgestern die richtigen Worte gefunden.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Ulrike Hensel, Finanzministerium,
Düsternbrooker Weg 64, 24105 Kiel, Tel: 0431/988-3906,
Fax: 0431/988-4176, E-Mail: pressestelle@fimi.landsh.de
Presseinformationen der Landesregierung finden Sie aktuell
und archiviert im Internet unter: <http://www.landesregierung.schleswig-holstein.de>